Nummer 565

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Goldpfennig. 70. Jahrgang. Dienstag, 2. Dezember 1924

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, Der deutsche Beamte, „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman, sowie die literarisch-künstlerische Beilage „Für den Salon"

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Sund, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Friedenau. Inseratenteil: H. Bongiewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsuchende 0,40 Goldmark, Reklamezeile 4,50 Goldmark. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1924 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Belgien 200 belgische Francs, Schweiz 50 schweizerische Francs, Holland 22,50 holländische Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 60 norwegische Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat November 1924 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,50 Rentenmark, Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Für Manuskr. übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Unverlangt eingesandt. Manuskr. ist Rückporto beizufügen

Herriots deutsche Verteidiger.

Die Blätter der Linken, die das Memorandum Herriots glattweg als eine Fälschung bezeichnen, beziehen sich in ihren gestrigen Abendausgaben, soweit sie sich nicht einfach auf Beschimpfungen oder Drohungen gegen uns beschränken, auf das von der „Welt am Montag" gebrachte und von uns zitierte „Dementi", das der französische Ministerpräsident zehn Tage vor unserer Veröffentlichung dem deutschen linksradikalen Politiker Herrn Dr. Kuczynski zur Verfügung gestellt hat. Wir haben schon gestern auf die Merkwürdigkeit hingewiesen, daß eine Dementierung eines Dokumentes, das der Oeffentlichkeit der beteiligten Länder noch gar nicht bekannt ist, immer etwas Besonderes für sich hat. Die Blätter des Linksblockes, deren Stimmaufwand bei der Ablehnung darauf schließen läßt, daß ihnen die Veröffentlichung und ihr Eindruck auf das Publikum sehr unangenehm ist, betonen in ihrer Polemik gegen uns immer wieder, auch ihnen hätte das Schriftstück oder der von uns veröffentlichte Auszug längst vorgelegen. Da muß man sich doch die Frage vorlegen, warum diese Blätter das Schriftstück nicht veröffentlichten und die angebliche Unglaubhaftigkeit gleichzeitig entsprechend kennzeichneten. Sie haben das nicht getan, sondern sich auf vage, die Oeffentlichkeit nervös machende Andeutungen beschränkt. Man muß zu der berechtigten Vermutung kommen, daß die Scheu vor dem Eindruck, den eine solche Veröffentlichung auf den unvoreingenommenen und eigner Urteilskraft noch nicht beraubten Leser hervorrufen würde, von der Veröffentlichung abgehalten hat. Wir haben, sobald uns die Unterlagen zugänglich waren, es für unsere chronistische, publizistische und politische Pflicht gehalten, in diesen Nebel von Andeutungen und Dementis hinein das Moment des Positiven leuchten zu lassen. Wir haben bei Erfüllung dieser Pflicht uns nur von unserem publizistischen Gewissen, nicht aber von irgendwelchen anderen Einflüssen leiten lassen. Dies zur Feststellung für die Herrschaften, die die „Berliner Börsen-Zeitung" und ihre Veröffentlichung mit den Deutschnationalen in Verbindung bringen, unter deren Einfluß die „Berliner Börsen-Zeitung" weder in dieser Angelegenheit noch in irgendeiner anderen je gestanden hat.

Zu denjenigen Angreifern, die aus Mangel an politischen Gegenargumenten zu der schmutzigen Waffe der Unsachlichkeit gegen uns greifen, gesellt sich auch die „Vossische Zeitung". Sie wartet mit der alten Lüge auf, die „Berliner Börsen-Zeitung" sei „in der Inflationszeit den schwerindustriellen Inflationsgewinnlern in die Hände gefallen". Wir begnügen uns damit, diese Lüge, die wir schon wiederholt ganz unzweideutig zurückgewiesen haben, nochmals festzunageln und für diesen besonderen Fall als den Kampf mit der Waffe der Unehrlichkeit zu bezeichnen, die immer das beste Angeichen von Schwäche und sachlicher Unzulänglichkeit ist.

Unter den Blättern, die sich mit unserer Veröffentlichung gestern abermals beschäftigten, heben wir hervor die

„Kreuzzeitung":

„Das Herriotsche Memorandum wird natürlich von der gesamten Linkspresse als eine Wahlmache oder als Wahlschwindel abgetan. Offiziös wird erklärt, daß der „amtlichen Stelle" von einer solchen „Note" nichts bekannt sei, und die „Unwahrscheinlichkeit" wird damit begründet, daß der Inhalt der französischen Forderungen dem Friedensvertrage widerspreche. Auch wird immer wieder angeführt, daß das Memorandum bereits von dem französischen Telegraphenbureau Havas dementiert worden sei. Wir weisen nochmals darauf hin, daß wir gerade der gegenteiligen Ansicht sind; denn gerade dieses vorherige Dementieren im Einvernehmen mit der deutschen Linkspresse muß für uns als ein Angeichen für die Echtheit des unerhörten Schriftstückes gelten.

In dem Herriotschen, an Herrn Dr. Kuczynski übermittelten „Dementi" sagt das gleiche Blatt:

Daß seitens Herriots eine solche Ablegnung des Memorandums geschehen würde, war selbstverständlich zu erwarten. Wir vermissen in der Erklärung des französischen Ministerpräsidenten jedoch die Feststellung des Tatsächlichen, nämlich daß die französische Regierung keinerlei Verbindung mit deutschen Demokraten halte und daß auch die in dem Dokument ihr unterschobenen Pläne bezüglich der Reichswehr nicht vorhanden sind. Ueberhaupt ist der springende Punkt der ganzen Angelegenheit in erster Linie doch die Frage, ob ein Vorgehen gegen die Person des Generals von Seeckt, wie es in dem Schriftstück angekündigt wird, und die noch weiter geplante Zerstörung der Reichswehr beabsichtigt ist.

Zu dem „Dementi" schreibt die

„Deutsche Allgemeine Zeitung":

„Wir nehmen von dieser Feststellung Kenntnis und sehen weiteren Aufklärungen mit Interesse entgegen. Das starke Befremden kann indes nicht unterdrückt werden, daß der französische Ministerpräsident sich des Herrn — Kuczynski bedient, um der deutschen Oeffentlichkeit Kenntnis von seiner Stellungnahme zu geben."

Die „Germania" benutzt die Polemik gegen unsere Veröffentlichung zu einem — Wahlaufruf für das Zentrum.

Der Kuriosität halber sei festgestellt, daß nach dem „Berl. Tageblatt" „die bisherige Untersuchung ergeben hat", das Dokument sei „in einer Berliner kommunistischen Fälscherzentrale" hergestellt! . . .

Bolschewistenputsch in Reval.

Die Ordnung wieder hergestellt.

Reval, 1. Dezember.

Die Estnische Telegraphen Agentur meldet:

Heute vormittag haben die Kommunisten versucht, sich der Regierungsgewalt zu bemächtigen. Zu diesem Zweck hatten sie Banden von 5 bis 10 Mann organisiert, die sich mit Gewehren und Handgranaten bewaffnet, zu gleicher Zeit der Bahnhöfe, der Regierungsgebäude, des Landtagsgebäudes, der Posten, der Polizei und der Telephonzentrale bemächtigten. Im Verlauf des Putschversuches wurden eine Reihe Personen getötet. Die Truppen unterdrückten den Aufstand und stellten die Ordnung in zwei Stunden wieder her. Die Zahl der Opfer übersteigt wahrscheinlich 50; unter den Toten befindet sich auch der Verkehrsminister Kark. In ganz Estland ist der Kriegszustand proklamiert worden. General Laidoner ist zum Oberkommandierenden mit außerordentlichen Vollmachten ernannt worden. Die Regierungsgeschäfte nahmen ihren normalen Fortgang, die Stadt ist wieder ruhig.

Nach weiteren Meldungen ist in den Provinzstädten alles ruhig geblieben. Die Verluste auf Seiten der Truppen und der Polizei belaufen sich auf 18 Tote. Die Verluste der Kommunisten sind weit größer. Etwa 60 Kommunisten sind verhaftet und einem Standgericht übergeben worden.

Der Transfer-Ausschuß vertagt.

Kein Beschluß zur 26prozentigen Abgabe.

TU Berlin, 1. Dezember.

Das Transfer-Komitee hat soeben folgendes Communiqué herausgegeben: „Die ordentliche Sitzung des Transfer-Komitees fand in Berlin am Sonntag, den 30. November, und Montag, den 1. Dezember, statt. Das Komitee beschäftigte sich in der Hauptsache mit Organisationsangelegenheiten und vertagte sich bis zur neuen Einberufung durch den Vorsitzenden. Die nächste Sitzung wird wahrscheinlich nach Mitte des Monats abgehalten werden."

Nach anderer Meldung ist der Transfer-Ausschuß über die 26prozentige Reparationsabgabe zu keinem Einverständnis gelangt.

Für den 7. Dezember!

Crispien, Berliner Spitzenkandidat der Sozialdemokratie, am 11. Januar 1922:
„Wir kennen kein Vaterland, das Deutschland heißt."
Dr. Oscar Cohn, sozialdemokratischer Reichstagskandidat, am 28. Januar 1924:
„. . . Wenn ich an diese Möglichkeiten denke, dann muß ich mich fragen, ob das Deutschtum es wert ist, um den Preis eines neuen Weltkrieges erhalten zu werden."

Demokratische Verleumdungen im Wahlkampf.

Der Rathenau-Mord als Propagandamittel.

Ein offener Brief an Reichsminister Dr. Koch.

Die M. z. C. richtet an Reichsminister Dr. Koch einen offenen Brief, in dem es u. a. heißt:

Sie haben nach den Berichten der demokratischen Presse Berlins auf der Kundgebung der Demokratischen Partei im Großen Schauspielhaus am 30. November erklärt: „Wenn Stresemann zur Zeit Rathenaus wenigstens neutral gewesen wäre, so wäre es nicht zur Ermordung Rathenaus, zur Besetzung der Ruhr und zur Inflation gekommen." Es ist nicht das erste Mal, daß Sie Aeußerungen machen, die in den Zuhörern die Vorstellung erwecken sollen, daß Stresemann an der Ermordung Rathenaus mitschuldig sei. Der Landesverband Pr. Thüringen der Deutschen Volkspartei hat Sie bereits öffentlich aufgefordert, Ihre ungeheuerliche Beschuldigung zu beweisen. Sie sind dieser Aufforderung nicht nachgekommen. Statt dessen haben Sie etwas anderes getan. Hunderttausende haben Sie und andere Redner Ihrer Partei erklärt, die Demokratische Partei sei die treueste Stütze Stresemanns und seiner Politik bis zum August dieses Jahres gewesen . . . Wollten Sie vielleicht die Menschheit auf das Unmaß von Gedankenlosigkeit aufmerksam machen, das darin liegen mußte, daß die Demokratische Partei die treueste Stütze der „Mörder Ihrer Freunde" — ist? Oder wollten Sie

die schamloseste Verleumdung des Wahlkampfes

aufbringen? Wir glauben, daß Stresemann gegen Ihre Anwürfe so gefeit ist, daß wir ihn überhaupt nicht zu verteidigen brauchen.

Ein anderes, Herr Minister! Ihre Redner und Flugblätter nennen die Deutsche Volkspartei eine Partei der „Reaktion", der „Verfassungsfeinde", „Brotwucherer", „Lohndrücker", „Frauenfeinde", „Beamtenfeinde", „Kulturfeinde" usw. usw., weil die Deutsche Volkspartei im August d. J. die Erweiterung der Regierung nach rechts durch Einbeziehung der Deutschnationalen verlangt hat. Die demokratischen Minister Geßler und Hamm haben dem zugestimmt. Wie urteilen Sie nun über Ihre beiden Minister, die das gebilligt, vertreten, ja gefordert haben, was die Deutsche Volkspartei ebenfalls für richtig hielt? Logischerweise müßten Sie die Minister Hamm und Geßler als „Verfassungsfeinde", „Kulturfeinde", „Brotwucherer", „Lohndrücker" usw. aus der demokratischen Partei ausschließen. Verzichten Sie auf den Ausschluß nur deshalb, weil schon so viele freiwillig die demokratische Fahne verlassen haben? Freilich, Sie, Herr Minister, haben den Mut gehabt, zu bestreiten, daß Ihre Minister Hamm und Geßler die Haltung der Deutschen Volkspartei gebilligt haben. Warum aber haben Sie nicht, trotz der wiederholt an Sie ergangenen Aufforderung, auch den Nachweis für diese Ihre Behauptung erbracht? Warum nicht, Herr Minister? Weil Sie es nicht können!

Wollen Sie der Deutschen Volkspartei einen Vorwurf daraus machen, daß Sie zur Annahme des Dawesgutachtens beigetragen hat? Die Deutsche Volkspartei hat also im August getan, was die Stunde forderte. Sie hat durch Verhandlungen mit den Deutschnationalen die Annahme des Gutachtens erreicht und hat dadurch den Reichskanzler Marx in den Stand gesetzt, den Schlußstrich unter die Londoner Verhandlungen zu setzen. Wenn Ihre Partei, Herr Minister, und die Sozialdemokraten mit aller Kraft demselben Ziel zustrebten, wie Sie sagen, wie können Sie die Deutsche Volkspartei verurteilen, weil sie es war, die den einzig möglichen Weg zum Ziel öffnete! Oder ging es Ihnen nicht um das Vaterland, sondern um die Partei? Ging es Ihnen darum, daß es schon im August zur Auflösung des Reichstages kam, mußte auch die Folge ein Zusammenbruch der Außenpolitik sein, als deren „treueste Stütze" Sie sich überall anempfehlen? Die Art und die Weise, wie unsere große stolze Vergangenheit von Ihrer Partei beschimpft wird, kann nur dazu führen, daß der Gegensatz zwischen Schwarz-weiß-rot und Schwarz-rot-gold verschärft und verewigt wird.

Eine Stresemann-Erklärung gegen Koch.

In der Breslauer Versammlung am gestrigen Montag wandte sich Reichsaußenminister Dr. Stresemann gegen die Ausführungen des demokratischen Ministers a. D. Koch im Großen Schauspielhaus, der behauptet hatte, Dr. Stresemann wäre zu einer Zeit in die Regierung gekommen, als die Hauptfragen erledigt waren und alles schon gut stand. Der Außenminister betonte, daß es im August vorigen Jahres im Gegenteil sehr schlecht aussah und erst die kommenden Zeiten eine außenpolitische Besserung brachten. Er wies die von Dr. Koch gemachte Bemerkung zurück, daß Rathenau nicht ermordet worden wäre, wenn die Deutsche Volkspartei nicht in Opposition zur Außenpolitik der Regierung gestanden hätte. Er habe damals als Führer einer Oppositionspartei im Reichstag den Antrag eingebracht, daß die nach Genua entsandte Delegation von dem Vertrauen des ganzen deutschen Volkes getragen werden müsse. Zu den Vorwürfen des demokratischen Parteivorsitzenden gegen die Deutsche Volkspartei über ihre Haltung in der Frage der Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung betonte der Minister, daß die beiden Vertrauensmänner der demokratischen Reichstagsfraktion in der Regierung, Reichswehrminister Dr. Geßler und Wirtschaftsminister Hamm, ebenfalls für die Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung plädiert hätten.

Wahlaufruf der Nationalliberalen Reichspartei.

Die Parole heißt: Rechts!

Die Nationalliberale Reichspartei hat folgenden Wahlaufruf erlassen:

Die Demokratie hat die gebotene Zusammenfassung der nichtsozialistischen und vaterländischen Kräfte zum nationalen Regierungsblock vereitelt und das deutsche Volk von neuem in die Unruhe eines, die Wirtschaft und die politische Entwicklung schwer schädigenden Wahlkampfes gestürzt.

Die Auflösung des Reichstages ist von den Bankspartei n herbeigeführt, um die Vormachtstellung der Sozialdemokratie und des herrschenden demokratischen Flügels in Deutschland vor dem Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung zu schützen.

Ziel des Wahlkampfes muß sein, eine Regierungsmehrheit im Parlament zu schaffen, die die Deutschnationale Volkspartei mit einschließt und nicht von der Sozialdemokratie abhängig ist.

Der politische Einfluß der sozialistischen Partei muß gebrochen werden; denn sie zerreißt in dem von ihr noch wie vor geschürten Klassenkampfe das deutsche Volk; von neuem gefährdet sie den wirtschaftlichen Lebenskampf Deutschlands und die mühsam geschaffene deutsche Währung durch ihre skrupellose Agitation für eine marxistische Abänderung der Arbeitsbedingungen. Nach außen betreibt sie in verblendeter Ueberschätzung der internationalen Gesinnung der anderen eine Politik, die durch grundsätzliche Unterwürfigkeit und durch hemmungslose Willfährigkeit jedes sachliche Ergebnis bei dem Verhandlungskampf mit unseren Gegnern von vornherein beeinträchtigt, und die Deutschland niemals die Rolle eines gleichberechtigten Staates wiedergewinnen lassen wird.

Aus diesem Grunde steht die Stellungnahme zur Sozialdemokratischen Partei nicht nur im Vordergrunde der Entscheidung dieser Wahl, sondern ist überhaupt bestimmend für den inneren Aufbau wie für die außenpolitische Zukunft unseres Vaterlandes. Dieser Schicksalsfrage unseres Volkes kann man nicht neutral oder in wechselnder Haltung gegenüberstehen.

Für die deutsche Außenpolitik fordern wir als Grundlage die reale Würdigung aller politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse. Dieselbe muß sich von den Illusionen hoher kraftvoller Worte ebenso fernhalten wie von den Träumereien unbelehrbarer Pazifisten.

Da die Nationalliberale Reichspartei eigene Kandidaten bei dieser Wahl nicht aufstellt, werden daher ihre Anhänger nur Vorschlagslisten mit solchen Kandidaten ihre Stimme geben können, die entschlossen sind, die politische Machtstellung der Sozialdemokratie zu beseitigen, und die für die Führung der deutschen Außenpolitik eine durchaus realpolitische Einstellung gewährleisten.

Die Parole heißt: Rechts!

Unsere Fahne ist: Schwarz-weiß-rot!

Stresemann verteidigt die Londoner Ergebnisse.

Die Mitarbeit der Parteien am Staat.

In Breslau sprach am Montag nachmittag Reichsaußenminister Dr. Stresemann über die Wege der deutschen Außenpolitik. Der deutschen Außenpolitik, so führte er aus, fehlten jetzt Machtmittel nicht mehr zur Verfügung. Es müsse daher nach anderen gesucht werden, um so aus der politischen und wirtschaftlichen Isolierung herauszukommen.

Redner untersuchte sodann die Gründe, die zur Londoner Konferenz führten und sah sie in dem allgemeinen wirtschaftlichen und kulturellen Niedergang Europas. Diejenigen, die scharfe aber unberechtigte Kritik an dem Dawes-Gutachten üben, hätten vergessen, daß die Beträge, die wir zu zahlen hätten, nur aus den Ueberschüssen der deutschen Wirtschaft genommen werden dürften und daß dabei die deutsche Währung nicht gefährdet werden dürfe. Weiter verteidigte Dr. Stresemann das Eisenbahngesetz und hob hervor, daß auch das Kabinett Cuno, das in den Augen der Deutschnationalen bekanntlich gute und nationale Politik getrieben habe, die Reichsbahn und die Industrieobligationen angeboten hätte.

Zur Anleihepolitik betonte Stresemann, es komme dabei nicht so sehr auf das Geld an, als darauf, daß die anderen Völker zeigen könnten, wie weit ihr Vertrauen zum deutschen Volke sich gehoben habe und darauf, daß weitere Schichten der anderen Völker an dem Wiederaufstieg des deutschen Volkes interessiert würden. Die Anleihepolitik des Reiches solle aber auch der Schrittmacher sein für die privaten Auslandsgewinne, denn nur durch die internationalen Kredite sei unser Wirtschaftsleben wieder aufzubauen. Das Vertrauen des Auslandes sei aber nur durch eine stabile Währung zu erlangen gewesen. Der Wurf sei geglückt, der Etat balanciert, der Weg zur neuen Goldwährung beschritten, das Vertrauen des Auslandes gestiegen. Nun könne auch an die Frage der Aufwertung herangetreten werden. — Stresemann versucht dabei seine bereits bekannte These.

An den Rechten des Berufsbeamtentums werde die deutsche Volkspartei nicht rütteln lassen. Dr. Strese-